

## Bürger, Staat und Steuern

Editorial von Dr. Beat Stöckli, Mitglied der Geschäftsleitung von Wegelin & Co. Privatbankiers  
Mitglied der Kommission für Steuern und Finanzfragen der Schweizerischen Bankiervereinigung



Der Steuerstreit, den Deutschland vom Zaun gebrochen hat, füllt seit Wochen die Pressespalten. Die Diskussion über die Legitimität des Vorgehens Deutschlands einerseits und die Rechtslage in Ländern wie Österreich, der Schweiz, Luxemburg und dem Fürstentum Liechtenstein andererseits schien zeitweise sogar die gegenwärtige Krise an den Finanzmärkten als Thema Nummer eins abzulösen. Der öffentliche Disput wurde auf verschiedenen Ebenen geführt und nicht alles, was gesagt und geschrieben worden ist, hält einer näheren Betrachtung stand. Es ist Zeit, eine grundsätzliche Betrachtung vorzunehmen und sich auf das zu konzentrieren, um das es in Wirklichkeit geht: um die Wertschöpfung der Bürger, um die Aufgaben des Staates und um dessen Finanzierung.

Eigentlich wäre es gar nicht so schwierig zu verstehen: Die Bürger eines Landes arbeiten und erzielen Mehrwert. Der Staat schützt die Freiheit und Rechte der Bürger, gewährleistet die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes und stellt eine zuverlässige Infrastruktur bereit. Die Bürger entschädigen ihren Staat für seine Dienste, indem sie ihm einen Teil ihrer Wertschöpfung als Steuern abliefern. Soweit die Theorie.

### Der Weg ins Desaster

In der Realität ist jedoch in vielen Staaten eine unheilvolle Entwicklung im Gange. Politiker versprechen immer breiteren Bevölkerungsschichten, in den Genuss von noch mehr staatlichen Leistungen zu kommen, die Aufgabenkataloge der Staaten nehmen zu, die Staatsausgaben erhöhen sich, die Politik muss abwägen zwischen Steuererhöhungen und Defiziten, in der Regel resultiert dann beides.

In Deutschland leben inzwischen mehr als 60% der Wähler vom Staat – und Politiker oder Parteien, welche diesen Trend umkehren möchten, finden keine Mehrheit. Mehrheitsfähig ist hingegen offenbar die riesige Umverteilungsmechanik, welche die Anreize, Wertschöpfung

zu erzielen, auf perfide Art untergräbt. Die sozialverpflichtete Gesellschaftsordnung legt sozusagen die marktorientierte Wirtschaftsordnung lahm. Sie verteilt die immer geringeren Erträge der Wertschöpfung auf immer mehr Personen, bis es letztlich nichts mehr zu verteilen gibt.

Bis zu diesem desaströsen Kollaps verfolgt man den produktiven Teil der Bevölkerung mit immer rabiateren Methoden, setzt den Geheimdienst auf die eigenen Bürger an und versucht, auch noch des letzten Euros, der einmal verdient worden ist, habhaft zu werden. Das Einkommen wird gleich an der Quelle besteuert, und die deutschen Steuerbehörden haben direkten Zugang zu Kundendaten deutscher Banken. Dieser Weg kann unmöglich nachhaltig den Wohlstand fördern. Wie aber könnte man aus diesem Teufelskreis wieder ausbrechen?

### Lösungsansätze

Die in vielen Ländern Europas dringend nötigen Strukturreformen müssten an folgenden Punkten ansetzen:

Von einem *Gerechtigkeitsbegriff*, der Gerechtigkeit dann zu erkennen glaubt, wenn alle gleich viel bzw. gleich wenig haben, sollte man sich verabschieden. Stattdessen müsste man die Anreize so setzen, dass diejenigen, die Überdurchschnittliches leisten, Wohlstand erlangen können. Konkret ist der Umverteilung Einhalt zu gebieten, Steuern und Abgaben sind zu senken.

Weiter wären *Föderalismus, Subsidiarität und Wettbewerb der Systeme*, namentlich die Einführung von Steuerwettbewerb unter den Gliedstaaten, taugliche Instrumente, um die Effizienz des Staates zu erhöhen. Die Schweiz beispielsweise kennt Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen. Jeder Kanton muss sich anstrengen, seine Leistungen so effizient wie möglich zu erbringen, um nicht Standortnachteile zu erleiden. Steuerwettbewerb zwischen den Bundesländern Deutschlands würde die Steuerlast letztlich für alle senken.

Das wirksamste Mittel für Wohlstand und Wirtschaftswachstum ist sodann ein *liberaler Arbeitsmarkt*. Ein sehr starres Arbeitsrecht, Gewerkschaften, welche schon bei einer Erhöhung der Arbeitszeit um ein paar Minuten pro Tag mit Streik drohen, sowie hohe administrative Aufwendungen fördern in erster Linie die Schattenwirtschaft, nicht aber den Wohlstand.

Um Last von den Schultern künftiger Generationen zu nehmen, sind schliesslich die Vorsorgewerke zu sanieren, und zwar nicht mit noch höheren Lohnabzügen und Steuern, sondern durch Reduktion der Vorsorgeversprechen auf ein finanzierbares Mass. Das kollektive Alterssparen bewährt sich vor allem dort nicht, wo es um mehr als um die Sicherung des Grundbedarfs geht.

Viel Wohlstand mit wenig Arbeit zu erreichen, das gelingt vielleicht Staaten mit Erdölvorkommen oder anderen Bodenschätzen. Die anderen Staaten müssen konsequent Anreize schaffen, Wertschöpfung zu erzielen. Wo es sich lohnt, zu arbeiten, wo die Besteuerung tief und der Staatshaushalt ausgeglichen ist, ist Wohlstand für alle möglich. ●